

Das üppige Abschiedsfest des SRG-Präsidenten

Kontroverse Jean-Bernard Münch feierte mit 145 Gästen – auf Kosten der Gebührenzahler

VON LORENZ HONEGGER

Grossanlässe im Berner «Kornhauskeller» in geschlossener Gesellschaft kosten schnell einmal mehrere zehntausend Franken. In den Wintermonaten November und Dezember sind die Tarife am höchsten.

Nicht beeindruckt von den happigen Preisen waren die Verantwortlichen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), als sie das Abschiedsfest ihres scheidenden Verwaltungsratspräsidenten Jean-Bernard Münch organisierten. Für die grosse Sause im «Kornhauskeller» buchte der gebührenfinanzierte Betrieb das ganze Lokal. Am vergangenen Freitag erschienen dann 145 von Münchs Freunden und Weggefährten zur grossen Sause in der Berner Altstadt. Um eine rechtzeitige Heimreise mussten sich die Gäste nicht bemühen. Die SRG offerierte ihnen eine Unterkunft im feudalen Fünf-Sterne-Hotel Bellevue oder im Hotel Bern, das unmittelbar neben dem «Kornhauskeller» liegt.

Die opulente Abschiedsfete mit Gratisübernachtung im Hotel stösst im Bundeshaus auf wenig Verständnis. «Ich finde den Aufwand für diesen Anlass grenzwertig», sagt der Zuger CVP-Ständerat Peter Bieri. Auch ihn habe die SRG in den «Kornhauskeller» eingeladen. Hingegangen sei er nicht, weil er Jean-Bernard Münch gar nicht persönlich kenne.

Keine Einladung zu dem Fest erhielt der Aargauer SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner – eine Meinung dazu hat er dennoch. «Ich finde, ein Fest mit 145 Personen ist nicht akzeptabel. Ein Nachtessen im kleinen Kreis

hätte ausgereicht», sagt er. Von «einer Frechheit gegenüber den Gebührenzahlern» spricht die profilierteste SRG-Kritikerin im Parlament, SVP-Nationalrätin Natalie Rickli. «Mit diesem Fest ist die SRG zu weit gegangen», sagt die Zürcherin, die bei einem privaten Vermarkter für TV- und Radio-Werbung arbeitet. Es sei nicht das erste Mal, dass sich eine SRG-Kaderfigur den eigenen Abgang derart teuer garnieren lasse.

Kein Verständnis

Verwaltungsratspräsident Jean-Bernard Münch kann die Kritik an seinem Abschiedsfest nicht nachvollziehen. «Die Tarife im «Kornhauskeller» sind für Berner Verhältnisse normal und überhaupt kein Luxus. Es war eine Anerkennung für jemanden, der der SRG 42 Jahre lang gedient hat», so Münch. «Wenn ich für Novartis oder die Migros arbeiten würde, hätte das Fest ganz anders ausgesehen.» Die SRG-Pressestelle teilt mit, der Anlass mit Hotelübernachtung sei nicht nur für Münch, sondern auch zur Würdigung von zwei weiteren abtretenden Verwaltungsräten durchgeführt worden: «Die Feier fand in angemessenem Rahmen statt und hat allen Anwesenden Freude bereitet.»

Keine Transparenz
Genaue Zahlen zu den Kosten von Münchs Abschiedsfest nennt der Konzern nicht. Nationalrätin Rickli findet dies bedenklich: «Die SRG kann mit den Konzessionsgeldern machen, was sie will. Sie ist den Gebührenzahlern keine Rechenschaft schuldig.» In der Tat muss die SRG

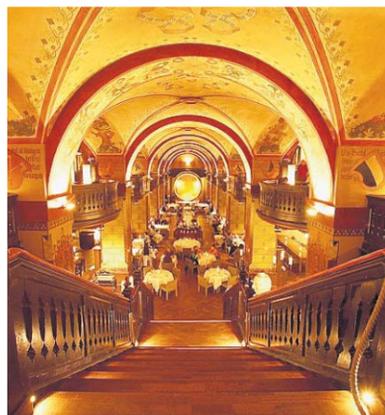
«Dieses Fest ist eine Frechheit gegenüber den Gebührenzahlern.»

Natalie Rickli,
Nationalrätin (SVP/ZH)



Jean-Bernard Münch kann die Kritik an seinem Fest nicht nachvollziehen.

KEYSTONE/PETER SCHNEIDER



Gefeiert wurde im «Kornhaus»...



...geschlafen im edlen «Bellevue»...



...und im Hotel Bern.

keine detaillierten Angaben zu ihren Ausgaben veröffentlichen. Das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen verpflichtet den Konzern lediglich zur Einhaltung der Vorschriften, die für private börsenkotierte Aktiengesellschaften gelten. Auf eine Interpel-

lation Ricklis antwortete der Bundesrat letztes Jahr, er sehe keine Veranlassung, von dieser Berichterstattungsform abzuweichen.

Inzwischen hat Ricklis St. Galler Nationalrats- und Parteikollege Lukas Reimann die Forderung nach mehr

Transparenz in Form einer Motion beim Bundesrat eingereicht. Wird der Vorstoss von beiden Kammern des Parlaments angenommen, muss die SRG in Zukunft die Kosten für Feste wie jenes am letzten Freitag transparent machen.

Gastbeitrag zu den aggressiven Praktiken von Lobbyisten im Bundeshaus

Geschenke, Geld und jede Menge Geklügel

DAS NEUE PARLAMENT ist vereidigt. Rund ein Drittel aller National- und Ständeräte sitzt zum ersten Mal in den Ratssälen. Das ist ein gefundenes Fressen für Lobbyisten und Stimmenkäufer, die sich jetzt wieder zu Hunderten in Bern tummeln. Mit grosszügigen Geschenken, exklusiven Einladungen sowie allen möglichen und unmöglichen Verlockungen versuchen sie, die Stimmen der Politiker zu gewinnen. Besonders begehrt sind aktuell die beiden Lobbyausweise, die jeder Politiker vergeben kann, um so zwei Interessenvertretern unbeschränkten Zutritt ins Bundeshaus zu verschaffen. Es gibt Tausende von Lobbyisten und Interessenvertretern, aber nur 492 dieser Zutrittsausweise. Einem neu gewählten Kollegen sind 10 000 Franken dafür geboten worden. Auch die ersten gut bezahlten Verwaltungsratsmandate werden Gewählten angeboten, um so mehr Einfluss auf die Parlamentsentscheide nehmen zu können. Selbst für oder gegen Bundesratskandidaten nehmen die Lobbygruppen Einfluss, je nachdem welche Verhandelungen sie haben. Wer unabhängig ist, für den werden sich keine Lobbyisten einsetzen.

LOBBYISTEN WERDEN immer professioneller. An Universitäten wer-



Lukas Reimann

Der Autor hat für die SVP des Kantons St. Gallen die zweite Periode als Nationalrat in Angriff genommen.

den bereits Studiengänge «Lobby-PR» angeboten. Die Inhalte sind aufschlussreich. So lernt man im Kurs «Kommunikation und Manipulation: schwarze Rhetorik», wie man Worte verdrehen kann. Und im Kurs «Politiker-Profilings» lernt man, Profile über Politiker zu erstellen. Diese geben Aufschluss, mit welchen Mitteln Politiker am einfachsten und effizientesten beeinflusst werden können.

Wer bringt den Politikern bei, solchen Profis zu widerstehen? Man stelle sich ein Land vor, in dem es ganz legal ist, einen Parlamentarier zu bestechen. Ein Land, in dem geschmierte Politiker eins zu eins von Lobbyisten geschriebene Vorstösse ins Gesetz einbringen und bei Abstimmungen auf Weisungen ihrer Geldgeber hören.

LANGE DACHTEN WIR, solche Zustände seien nur südlich der Alpen oder im EU-Brüssel möglich. Doch in der Schweiz ist dies Realität. Über 2000 Interessenbindungen weisen die Parlamentarier aus. Damit vertreten sie ein Milliardenkapital. Alleine im letzten Jahr nahm die Anzahl Mandate um 14% zu. Die Dunkelziffer ist gross. Keine Überprüfung. Keine Strafe bei Nicht-Offenlegung. Viele Politiker vertreten nicht mehr die Interessen von Land und Leuten, sondern die ihrer Geldgeber. Finanzkräftige Einflussnehmer stellen Parlamentarier direkt als Mitarbeiter für die Leitung der PR-Abteilung ein.

ES WIRD ZEIT, Klartext zu reden über die Verfilzung der Schweizer Politik. Hier setzt die Volksinitiative zur Offenlegung der Politiker-Einkünfte (www.unbestechlich.ch) an.

«Unbestechlich für das Volk!»: Diese Losung muss wieder für alle Politiker aller Parteien gelten. Konkret verlangt die Initiative, dass Politiker ihre Nebeneinkünfte und erhaltenen Geschenke offenlegen müssen und dass die Abstimmungen in den Räten so zu gestalten sind, dass die Öffentlichkeit Kenntnis erhält, wer wie gestimmt hat. Auch im Ständerat.

MIT DER INITIATIVE wird also niemandem das Sich-bezahlen-Lassen durch VR-Mandate verboten. Aber das Volk bekommt Einblick in die lange und hohe Bezahlungsliste vieler Politiker. Das macht Politik glaubwürdiger, ehrlicher und bürgernäher. Korruption heisst Machtmissbrauch zugunsten von persönlichem Vorteil. Dazu zählt einiges, was in der Schweiz heute ganz legal ist. Whistleblower dagegen – also Beamte oder Firmenmitarbeiter, die die Wahrheit über schmutzige Deals oder Missbräuche ausplaudern – werden hart bestraft.

NICHTS ERLEICHTERT dubiose Geschäfte auf Kosten des Steuerzahlers so sehr wie die vorherrschende Intransparenz. Studien belegen, dass jährlich Millionen eingesetzt werden, um «eine umfassende Infiltrati-

on der Politik durch Einzelinteressen» zu bewirken. Hans-Martin Tilkack schreibt in seinem lesenswerten Buch «Die korrupte Republik» treffend: «Der Korruption öffnet sich Tür und Tor, wenn Beamte und Politiker willkürlich entscheiden können, welche Lobbyinteressen dem Allgemeinwohl dienen und welche nicht. Und Willkür lässt sich umso leichter praktizieren, wenn die Öffentlichkeit ausgesperrt bleibt. Denn Korruption gedeiht dort, wo das Geheimnis regiert.»

IN MEINEN JAHREN in Bern widerstand ich vielen verlockenden Angeboten. Es fällt mir immer stärker auf, wie negativ die Auswirkungen dieser Intransparenz wirklich sind. Wer bereit ist, sich selbst zu verkaufen, der ist auch bereit, Land und Leute zu verkaufen.

Die az-Gastautoren

Pirmin Bischof, CVP-Nationalrat (SO)
Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin (AG)
Katja Gentinetta, politische Philosophin (AG)
Maya Graf, GPS-Nationalrätin (BL)
Lukas Reimann, SVP-Nationalrat (SG)
Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied, Edipresse
Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
Cédric Wermuth, SP-Nationalrat (AG)